

**Vorvertragliche Information für außerhalb  
von Geschäftsräumen geschlossene  
Verträge und für Fernabsatzverträge**

**girocard (Debitkarte)**

Stand: 08.08.2025

Diese Information steht nur in deutscher  
Sprache zur Verfügung.

Diese Information wird regelmäßig an unsere  
Kunden herausgegeben, unabhängig davon,  
ob tatsächlich eine Relevanz nach  
Fernabsatz oder Außer-Haus-Geschäft  
besteht.

**I. Allgemeine Informationen**

**Name und Anschrift der Bank**

EthikBank eG  
Zweigniederlassung der  
Volksbank Eisenberg eG  
Martin-Luther-Str. 2  
07607 Eisenberg  
Telefon: (036691) 86 23 45\*  
Telefax: (036691) 86 23 47  
eMail: hallo@ethikbank.de  
\*Kosten zusätzlicher Art fallen nicht an.

**Gesetzlich Vertretungsberechtigter der  
Bank ist der Vorstand:**

Katrin Spindler  
Thomas Meyer  
Toni Scheller

**Hauptgeschäftstätigkeit der Bank:**

Gegenstand des Unternehmens ist der  
Betrieb von Bankgeschäften aller Art und von  
damit zusammenhängenden Geschäften.

**Zuständige Aufsichtsbehörde:**

Die für die Zulassung von Kreditinstituten  
zuständige Aufsichtsbehörde ist die  
Europäische Zentralbank, Sonnemannstraße  
22, 60314 Frankfurt am Main, Deutschland  
(Postanschrift: Europäische Zentralbank,  
60640 Frankfurt am Main, Deutschland); die  
für den Schutz der kollektiven  
Verbraucherinteressen zuständige  
Aufsichtsbehörde ist die Bundesanstalt für  
Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin),  
Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn bzw.  
Marie-Curie-Str. 24–28, 60439 Frankfurt am  
Main.

**Eintragung der Hauptniederlassung  
Genossenschaftsregister:**

Amtsgericht Jena Nr. 200076

**Eintragung der Zweigniederlassung  
Genossenschaftsregister:**

Amtsgericht Jena Nr. 200076

**Umsatzsteueridentifikationsnummer**  
DE150545402

**Vertragssprache:**

Maßgebliche Sprache für dieses  
Vertragsverhältnis und die Kommunikation mit  
dem Kunden während der Laufzeit des  
Vertrages ist Deutsch.

**Rechtsordnung/Gerichtsstand:**

Gemäß Nr. 6 Abs. 1 der „Allgemeinen  
Geschäftsbedingungen“ gilt für den  
Vertragsschluss und die gesamte  
Geschäftsverbindung zwischen dem Kunden  
und der Bank deutsches Recht.

Es gibt keine vertragliche Gerichts-  
standsklausel.

**Außergerichtliche Streitschlichtung:**

Bei Beschwerden wenden Sie sich bitte an:  
EthikBank eG  
Zweigniederlassung der  
Volksbank Eisenberg eG  
Service: Beschwerdemanagement  
Martin-Luther-Str. 2  
07607 Eisenberg  
Telefon: (036691) 86 23 45  
Telefax: (036691) 86 23 47  
eMail: hallo@ethikbank.de

Die Bank nimmt am Streitbeilegungsverfahren  
der deutschen genossenschaftlichen  
Bankengruppe teil. Für die Beilegung von  
Streitigkeiten mit der Bank besteht daher für  
Privatkunden, Firmenkunden sowie bei  
Ablehnung eines Antrags auf Abschluss eines  
Basiskontovertrags für Nichtkunden die  
Möglichkeit, den Ombudsmann für die  
genossenschaftliche Bankengruppe anzurufen  
(<https://www.bvr.de/Service/Kundenbeschwerdestelle>). Näheres regelt die  
„Verfahrensordnung für die außergerichtliche  
Schlichtung von Kundenbeschwerden im  
Bereich der deutschen genossenschaftlichen  
Bankengruppe“, die auf Wunsch zur Verfügung  
gestellt wird. Die Beschwerde ist in Textform  
(z. B. mittels Brief oder E-Mail) an die  
Kundenbeschwerdestelle beim  
Bundesverband der Deutschen Volksbanken  
und Raiffeisenbanken – BVR, Schellingstraße  
4, 10785 Berlin, E-Mail:  
kundenbeschwerdestelle@bvr.de zu richten.

Betrifft der Beschwerdegegenstand eine  
Streitigkeit aus dem Anwendungsbereich des  
Zahlungsdienstrechts (§§ 675c bis 676c des  
Bürgerlichen Gesetzbuchs, Art. 248 des  
Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen  
Gesetzbuch, § 48 des  
Zahlungskontengesetzes und Vorschriften des  
Zahlungsdienstleistungsgesetzes) besteht  
zudem die Möglichkeit, eine Beschwerde bei  
der Bundesanstalt für  
Finanzdienstleistungsaufsicht einzulegen. Die  
Verfahrensordnung ist bei der Bundesanstalt  
für Finanzdienstleistungsaufsicht erhältlich.  
Die Adresse lautet: Bundesanstalt für  
Finanzdienstleistungsaufsicht, Graurheindorfer  
Straße 108, 53117 Bonn. Zudem besteht auch  
die Möglichkeit, eine Beschwerde unmittelbar  
bei der Bank einzulegen. Die Bank wird  
Beschwerden in Textform (z. B. mittels Brief,  
Telefax oder E-Mail) beantworten.  
Die Bundesanstalt für  
Finanzdienstleistungsaufsicht stellt unter  
[https://www.bafin.de/DE/Verbraucher/Beschwerden/Streitschlichtung/BeiBaFinbeschwerden/BeiBaFinbeschwerden\\_node.html](https://www.bafin.de/DE/Verbraucher/Beschwerden/Streitschlichtung/BeiBaFinbeschwerden/BeiBaFinbeschwerden_node.html) Wissenswertes  
zu Beschwerden über beaufsichtigte  
Unternehmen bereit.

Zudem besteht die Möglichkeit, eine  
zivilrechtliche Klage einzureichen.

**Hinweis zum Bestehen einer freiwilligen  
Einlagensicherung:**

Die Bank ist der Sicherungseinrichtung des  
Bundesverbandes der Deutschen  
Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V.  
angeschlossen. Dieses institutsbezogene  
Sicherungssystem hat die Aufgabe,  
drohende oder bestehende wirtschaftliche  
Schwierigkeiten bei den ihnen  
angeschlossenen Instituten abzuwenden  
oder zu beheben. Alle Institute, die diesem  
Sicherungssystem angeschlossen sind,  
unterstützen sich gegenseitig, um eine

Insolvenz  
vermeiden.

zu

**II. Informationen zu den  
Produkten**

**Wesentliche Leistungsmerkmale:**

Die girocard ist eine Debitkarte. Der  
Karteninhaber kann die Karte, soweit diese  
und die Terminals entsprechend ausgestattet  
sind, u.a. zum Abheben von Bargeld an  
Geldautomaten, zum Bezahlen bei Handels-  
und Dienstleistungsunternehmen an  
automatisierten Kassen nutzen. Die girocard  
(Debitkarte) kann als physische Karte oder als  
digitale Karte zur Speicherung auf einem  
Telekommunikations-, Digital- oder IT-Gerät  
(mobiles Endgerät) ausgegeben werden.

**Preise:**

Die aktuellen Preise für die Dienstleistungen  
der Bank im Zusammenhang mit diesem  
Produkt ergeben sich aus dem Ihnen als  
Anlage beigefügten **Vertrag, bzw. Antrag**  
oder dem als Anlage beigefügten **Preis- und  
Leistungsverzeichnis**.

Die Änderung von Zinsen und Entgelten  
während der Laufzeit des Vertrages erfolgt  
nach Maßgabe der **Allgemeinen  
Geschäftsbedingungen**.

Es gibt keinen Leistungsvorbehalt, es sei  
denn, dieser ist ausdrücklich vereinbart.

**Hinweis auf vom Kunden zu zahlende  
Steuern und Kosten**

Kosten, die nicht von der Bank abgeführt oder  
in Rechnung gestellt werden (z. B. für Telefon,  
Internet, Porti), hat der Kunde selbst zu  
tragen.

**Zahlung und Erfüllung des Vertrages:**

Der Vertrag über die girocard (Debitkarte) wird  
seitens der Bank durch Zurverfügungstellung  
der Karte zu den vereinbarten Konditionen  
erfüllt.

**Vertragliche Kündigungsregeln:**

Die girocard (Debitkarte) kann vom Kunden  
jederzeit gekündigt werden.

**Mindestlaufzeit des Vertrages:**

Es besteht keine Mindestlaufzeit.

**Sonstige Rechte und Pflichten von Bank  
und Kunde:**

Die Bank erwirbt als Sicherheit für Ihre  
Forderungen ein Pfandrecht an den  
Wertpapieren und Sachen, an denen eine  
inländische Geschäftsstelle Besitz erlangt  
oder noch erlangen wird. Die Bank erwirbt ein  
Pfandrecht auch an den Ansprüchen, die dem  
Kunden gegen die Bank aus der bankmäßigen  
Geschäftsverbindung zustehen oder künftig  
zustehen werden. Das Pfandrecht dient der  
Sicherung aller bestehenden, künftigen und  
bedingten Ansprüche, die der Bank gegen den  
Kunden zustehen.

Für den gesamten Geschäftsverkehr gelten  
ergänzend die beiliegenden „**Allgemeinen  
Geschäftsbedingungen**“ der Bank.  
Daneben gelten die beiliegenden  
Sonderbedingungen, die Abweichungen oder  
Ergänzungen zu diesen „**Allgemeinen  
Geschäftsbedingungen**“ enthalten können:

-Sonderbedingungen für die girocard

(Debitkarte)

Die genannten Bedingungen stehen nur in deutscher Sprache zur Verfügung. Bei Änderungsvereinbarungen ergeben sich weiterführende Informationen auch aus der ursprünglichen Vertragsurkunde.

### III. Informationen über die Besonderheiten bei Fernabsatz- und bei außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen

Für den Fall, dass der Vertrag

- im Fernabsatz, d. h. die Vertragsparteien bzw. deren Vertreter haben für die Vertragsverhandlungen und den Vertragsschluss im Rahmen eines für den Fernabsatz organisierten Vertriebs- oder Dienstleistungssystems ausschließlich Fernkommunikationsmittel verwendet, oder
- außerhalb von Geschäftsräumen, d. h. die Vertragsparteien bzw. deren Vertreter haben den Vertrag bei gleichzeitiger körperlicher Anwesenheit außerhalb von Geschäftsräumen der Bank geschlossen bzw. der Kunde hat sein Angebot bei gleichzeitiger körperlicher Anwesenheit außerhalb von Geschäftsräumen abgegeben oder der Vertrag wurde in den Geschäftsräumen der Bank geschlossen, der Kunde wurde jedoch unmittelbar zuvor außerhalb der Geschäftsräume bei gleichzeitiger körperlicher Anwesenheit des Kunden und der Bank persönlich und individuell angesprochen, geschlossen wird, gilt ergänzend Folgendes:

#### Information zum Zustandekommen des Vertrages im Fernabsatz- und bei außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen:

Der Kunde gibt gegenüber der Bank ein ihn bindendes Angebot auf Abschluss des Vertrags ab, indem ein unterzeichnetes Exemplar der Vertragsurkunde der Bank zugeht.

Im elektronischen Geschäftsverkehr gibt der Kunde gegenüber der Bank ein bindendes Angebot auf Abschluss des Vertrags ab, indem er den online ausgefüllten und elektronisch (z. B. durch Eingabe einer TAN oder Drücken des entsprechenden Buttons) autorisierten Vertrag online an die Bank übermittelt und dieser ihr zugeht.

Der Vertrag kommt zustande, wenn die Bank den Vertrag ausdrücklich oder durch konkludentes Handeln (z. B. Kontoeröffnung, Zusendung der Bank- oder Kreditkarte, Zurverfügungstellung von elektronischen Zugangs- und Sicherungsmedien, Einbindung von Fremdbankkonten im Online-Banking etc.) annimmt.

#### Widerrufsbelehrung

##### Abschnitt 1

##### Widerrufsrecht

Sie können Ihre Vertragserklärung innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen mittels einer eindeutigen Erklärung widerrufen.

Die Frist beginnt nach Abschluss des Vertrags und nachdem Sie die Vertragsbestimmungen einschließlich der Allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie alle nachstehend unter Abschnitt 2

#### aufgeführten

Informationen auf einem dauerhaften Datenträger (z. B. Brief, Telefax, E-Mail) erhalten haben.

Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs, wenn die Erklärung auf einem dauerhaften Datenträger erfolgt.

Der Widerruf ist zu richten an:

EthikBank eG  
Zweigniederlassung der  
Volksbank Eisenberg eG  
Martin-Luther-Str. 2  
07607 Eisenberg  
Faxnummer: (036691) 86 23 47  
E-Mail-Adresse: hallo@ethikbank.de  
Internet: www.ethikbank.de

#### Abschnitt 2

##### Für den Beginn der Widerrufsfrist erforderliche Informationen

Die Informationen im Sinne des Abschnitts 1 Satz 2 umfassen folgende Angaben:

##### Allgemeine Informationen:

1. das Bestehen oder Nichtbestehen eines Widerrufsrechts sowie die Bedingungen, Einzelheiten der Ausübung, insbesondere Name und Anschrift desjenigen, gegenüber dem der Widerruf zu erklären ist, und die Rechtsfolgen des Widerrufs einschließlich Informationen über den Betrag, den der Verbraucher im Fall des Widerrufs für die erbrachte Leistung zu zahlen hat, sofern er zur Zahlung von Wertersatz verpflichtet ist (zugrundeliegende Vorschrift: § 357b des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
2. die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, deren Recht der Zahlungsdienstleister der Aufnahme von Beziehungen zum Verbraucher vor Abschluss des Vertrags zugrunde legt;
3. Einzelheiten hinsichtlich der Zahlung und der Erfüllung;
4. das Bestehen eines Garantiefonds oder anderer Entschädigungsregelungen, die weder unter die gemäß der Richtlinie 2014/49/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Einlagensicherungssysteme (ABl. L 173 vom 12.6.2014, S. 149; L 212 vom 18.7.2014, S. 47; L 309 vom 30.10.2014, S. 37) geschaffenen Einlagensicherungssysteme noch unter die gemäß der Richtlinie 97/9/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. März 1997 über Systeme für die Entschädigung der Anleger (ABl. L 84 vom 26.3.1997, S. 22) geschaffenen Anlegerentschädigungssysteme fallen;

##### Informationen zur Erbringung von Zahlungsdiensten:

5. zum Zahlungsdienstleister
  - a. den Namen und die ladungsfähige Anschrift seiner Hauptverwaltung

sowie alle anderen Anschriften einschließlich E-Mail-Adresse, die für die Kommunikation mit dem Zahlungsdienstleister von Belang sind;

- b. die für den Zahlungsdienstleister zuständigen Aufsichtsbehörden und das bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht geführte Register oder jedes andere relevante öffentliche Register, in das der Zahlungsdienstleister als zugelassen eingetragen ist, sowie seine Registernummer oder eine gleichwertige in diesem Register verwendete Kennung;

6. zur Nutzung des Zahlungsdienstes
  - a. eine Beschreibung der wesentlichen Merkmale des zu erbringenden Zahlungsdienstes;
  - b. Informationen oder Kundenkennungen, die für die ordnungsgemäße Auslösung oder Ausführung eines Zahlungsauftrags erforderlich sind;
  - c. die Art und Weise der Zustimmung zur Auslösung eines Zahlungsauftrags oder zur Ausführung eines Zahlungsvorgangs und des Widerrufs eines Zahlungsauftrags (zugrundeliegende Vorschriften: §§ 675j und 675p des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
  - d. den Zeitpunkt, ab dem ein Zahlungsauftrag als zugegangen gilt (zugrundeliegende Vorschrift: § 675n Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
  - e. die maximale Ausführungsfrist für die zu erbringenden Zahlungsdienste;
  - f. einen Hinweis auf die Möglichkeit, Betragsobergrenzen für die Nutzung eines Zahlungsinstruments (wie beispielsweise eine Zahlungskarte) zu vereinbaren (zugrundeliegende Vorschrift: § 675k Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
  - g. einen Hinweis auf das Recht des Verbrauchers, zwei oder mehrere unterschiedliche Zahlungsmarken auf seinem kartengebundenen Zahlungsinstrument zu verlangen, sofern sein Zahlungsdienstleister diesen Dienst anbietet, sowie einen Hinweis auf das Recht des Verbrauchers, rechtzeitig vor der Unterzeichnung des Vertrags vom Zahlungsdienstleister in klarer und objektiver Weise über alle verfügbaren Zahlungsmarken und deren Eigenschaften, einschließlich ihrer Funktionsweise, Kosten und Sicherheit, informiert zu werden (zugrundeliegende Vorschrift: Artikel 8 der Verordnung (EU) 2015/751 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2015 über Interbankenentgelte für kartengebundene Zahlungsvorgänge (ABl. L 123 vom

	19.5.2015, S. 1), die durch die Delegierte Verordnung (EU) 2018/72 (ABl. L 13 vom 18.1.2018, S. 1) geändert worden ist);
7.	zu Entgelten, Zinsen und Wechselkursen <ol style="list-style-type: none"> <li>alle Entgelte, die der Verbraucher an den Zahlungsdienstleister zu entrichten hat, einschließlich derjenigen, die sich danach richten, wie und wie oft über die geforderten Informationen zu unterrichten ist;</li> <li>eine Aufschlüsselung dieser Entgelte;</li> <li>die zugrunde gelegten Zinssätze und Wechselkurse oder, bei Anwendung von Referenzzinssätzen und -wechselkursen, die Methode für die Berechnung der tatsächlichen Zinsen sowie den maßgeblichen Stichtag und den Index oder die Grundlage für die Bestimmung des Referenzzinssatzes oder -wechselkurses;</li> <li>das unmittelbare Wirksamwerden von Änderungen des Referenzzinssatzes oder -wechselkurses, die auf den vereinbarten Referenzzinssätzen oder -wechselkursen beruhen, ohne vorherige Benachrichtigung des Verbrauchers (zugrundeliegende Vorschrift: § 675g Absatz 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs);</li> </ol>
8.	zur Kommunikation <ol style="list-style-type: none"> <li>die Kommunikationsmittel, deren Nutzung für die Informationsübermittlung und Anzeigepflichten vereinbart wird, einschließlich der technischen Anforderungen an die Ausstattung und die Software des Verbrauchers;</li> <li>Angaben dazu, wie und wie oft die vom Zahlungsdienstleister vor und während des Vertragsverhältnisses, vor der Ausführung von Zahlungsvorgängen sowie bei einzelnen Zahlungsvorgängen zu erteilenden Informationen mitzuteilen oder zugänglich zu machen sind;</li> <li>die Sprache oder die Sprachen, in der oder in denen der Vertrag zu schließen ist und in der oder in denen die Kommunikation für die Dauer des Vertragsverhältnisses erfolgen soll;</li> <li>einen Hinweis auf das Recht des Verbrauchers, während der Vertragslaufzeit jederzeit die Übermittlung der Vertragsbedingungen sowie der in dieser Widerrufsbelehrung genannten vorvertraglichen Informationen zur Erbringung von Zahlungsdiensten in Papierform oder auf einem anderen dauerhaften Datenträger zu verlangen;</li> </ol>
9.	zu den Schutz- und Abhilfemaßnahmen

a.	eine Beschreibung, wie der Verbraucher ein Zahlungsinstrument sicher aufbewahrt und wie er seine Pflicht gegenüber dem Zahlungsdienstleister oder einer von diesem benannten Stelle erfüllt, den Verlust, den Diebstahl, die missbräuchliche Verwendung oder die sonstige nicht autorisierte Nutzung eines Zahlungsinstruments unverzüglich anzuzeigen, nachdem er hiervon Kenntnis erlangt hat (zugrundeliegende Vorschrift: § 675l Absatz 1 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
b.	eine Beschreibung des sicheren Verfahrens zur Unterrichtung des Verbrauchers durch den Zahlungsdienstleister im Fall vermuteten oder tatsächlichen Betrugs oder bei Sicherheitsrisiken;
c.	die Bedingungen, unter denen sich der Zahlungsdienstleister das Recht vorbehält, ein Zahlungsinstrument des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu sperren (zugrundeliegende Vorschrift: § 675k Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
d.	Informationen zur Haftung des Verbrauchers bei Verlust, Diebstahl, Abhandenkommen oder sonstiger missbräuchlicher Verwendung des Zahlungsinstruments einschließlich Angaben zum Höchstbetrag (zugrundeliegende Vorschrift: § 675v des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
e.	Informationen über die Haftung des Zahlungsdienstleisters bei nicht autorisierten Zahlungsvorgängen (zugrundeliegende Vorschrift: § 675u des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
f.	Angaben dazu, wie und innerhalb welcher Frist der Verbraucher dem Zahlungsdienstleister nicht autorisierte oder fehlerhaft ausgelöste oder ausgeführte Zahlungsvorgänge anzeigen muss (zugrundeliegende Vorschrift: § 676b des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
g.	Informationen über die Haftung des Zahlungsdienstleisters bei nicht erfolgter, fehlerhafter oder verspäteter Auslösung oder Ausführung von Zahlungsvorgängen sowie Informationen über dessen Verpflichtung, auf Verlangen Nachforschungen über den nicht oder fehlerhaft ausgeführten Zahlungsvorgang anzustellen (zugrundeliegende Vorschrift: § 675y des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
h.	die Bedingungen für den Erstattungsanspruch des Verbrauchers bei einem vom oder über den Zahlungsempfänger ausgelösten autorisierten Zahlungsvorgang (beispielsweise bei SEPA-Lastschriften)

	(zugrundeliegende Vorschrift: § 675x des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
10.	zu Änderungen der Bedingungen und Kündigung des Zahlungsdiensterahmenvertrags <ol style="list-style-type: none"> <li>die Vereinbarung, dass die Zustimmung des Verbrauchers zu einer Änderung der Vertragsbedingungen als erteilt gilt, wenn der Verbraucher dem Zahlungsdienstleister seine Ablehnung nicht vor dem Zeitpunkt angezeigt hat, zu dem die geänderten Vertragsbedingungen in Kraft treten sollen (zugrundeliegende Vorschrift: § 675g des Bürgerlichen Gesetzbuchs);</li> <li>die Laufzeit des Zahlungsdiensterahmenvertrags;</li> <li>einen Hinweis auf das Recht des Verbrauchers, den Vertrag zu kündigen;</li> <li>gegebenenfalls einen Hinweis auf folgende kündigungsrelevante Vereinbarungen:               <ol style="list-style-type: none"> <li>die Vereinbarung einer Kündigungsfrist für das Recht des Verbrauchers, den Vertrag zu kündigen, die einen Monat nicht überschreiten darf (zugrundeliegende Vorschrift: § 675h Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs),</li> <li>die Vereinbarung eines Kündigungsrechts des Zahlungsdienstleisters unter Einhaltung einer Frist von mindestens zwei Monaten, die voraussetzt, dass der Vertrag auf unbestimmte Zeit geschlossen ist (zugrundeliegende Vorschrift: § 675h Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs),</li> <li>das Recht zur fristlosen Kündigung des Verbrauchers vor dem Wirksamwerden einer vom Zahlungsdienstleister vorgeschlagenen Änderung des Vertrags, wenn die Zustimmung des Verbrauchers zur Änderung nach einer Vereinbarung im Vertrag ohne ausdrückliche Ablehnung als erteilt gälte, sofern der Zahlungsdienstleister den Verbraucher auf die Folgen seines Schweigens sowie auf das Kündigungsrecht hingewiesen hat (zugrundeliegende Vorschrift: § 675g Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs);</li> </ol> </li> </ol>
11.	die Vertragsklauseln über das auf den Zahlungsdiensterahmenvertrag anwendbare Recht oder über das zuständige Gericht;
12.	einen Hinweis auf die dem Verbraucher

offenstehenden Beschwerdeverfahren wegen mutmaßlicher Verstöße des Zahlungsdienstleisters gegen dessen Verpflichtungen (zugrundeliegende Vorschriften: §§ 60 bis 62 des Zahlungsdiensteaufsichtsgesetzes) sowie auf Verbrauchern offenstehende außergerichtliche Rechtsbehelfsverfahren (zugrundeliegende Vorschrift: § 14 des Unterlassungsklagengesetzes).

### Abschnitt 3

#### Widerrufsfolgen

Im Falle eines wirksamen Widerrufs sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren.

Überziehen Sie Ihr Konto ohne eingeräumte Überziehungsmöglichkeit oder überschreiten Sie die Ihnen eingeräumte Überziehungsmöglichkeit, können wir von Ihnen über die Rückzahlung des Betrags der Überziehung oder Überschreitung hinaus weder Kosten noch Zinsen verlangen, wenn wir Sie nicht ordnungsgemäß über die Bedingungen und Folgen der Überziehung oder Überschreitung (z. B. anwendbarer Sollzinssatz, Kosten) informiert haben.

Sie sind zur Zahlung von Wertersatz für die bis zum Widerruf erbrachte Dienstleistung verpflichtet, wenn Sie vor Abgabe Ihrer Vertragserklärung auf diese Rechtsfolge hingewiesen wurden und ausdrücklich zugestimmt haben, dass wir vor dem Ende der Widerrufsfrist mit der Ausführung der Gegenleistung beginnen. Besteht eine Verpflichtung zur Zahlung von Wertersatz, kann dies dazu führen, dass Sie die vertraglichen Zahlungsverpflichtungen für den Zeitraum bis zum Widerruf dennoch erfüllen müssen.

Ihr Widerrufsrecht erlischt vorzeitig, wenn der Vertrag von beiden Seiten auf Ihren ausdrücklichen Wunsch vollständig erfüllt ist, bevor Sie Ihr Widerrufsrecht ausgeübt haben.

Verpflichtungen zur Erstattung von Zahlungen müssen innerhalb von 30 Tagen erfüllt werden. Die Frist beginnt für Sie mit der Absendung Ihrer Widerrufserklärung, für uns mit deren Empfang.

#### Besondere Hinweise

Bei Widerruf dieses Vertrags sind Sie auch an einen mit diesem Vertrag zusammenhängenden Vertrag nicht mehr gebunden, wenn der zusammenhängende Vertrag eine Leistung betrifft, die von uns oder einem Dritten auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen uns und dem Dritten erbracht wird.

#### Ende der Widerrufsbelehrung

Ende der Informationsschrift